

**Johannes Rauch**  
Bundesminister

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.050.249

Wien, 9.3.2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 13513/J des Abgeordneten Peter Wurm betreffend AK-Preismonitoring und türkis-grüne Teuerungswelle**, wie folgt:

**Frage 1:**

- *Kennen Sie das Preismonitoring der Arbeiterkammer zu den 40 preiswertesten Lebens- und Reinigungsmitteln in den sieben Supermärkten Billa, Billa Plus, Spar, Interspar, Hofer, Lidl und Penny?*
  - a. *Wenn ja, wie beurteilen Sie sozial- und konsumentenschutzpolitisch als zuständiger Minister die Ergebnisse dieses Preismonitorings, das zwischen 12. und 15. Dezember 2022 stattgefunden hat?*

Meinem Resort ist das angesprochene Preismonitoring der Arbeiterkammer bekannt. In diesem wurden jeweils die 40 preiswertesten Lebens- und Reinigungsmittel in sieben Supermärkten bzw. Diskontern (Billa, Billa Plus, Spar, Interspar, Hofer, Lidl und Penny) in Wien erhoben. Verglichen wurden hier die Preise von Alltäglichen Lebensmittel wie Öl, Butter, Kartoffeln, Orangensaft, Gouda, Teigwaren sowie auch Reinigungsmittel wie Taschentücher, Geschirrspülmittel, Zahnpasta und Seife im Zeitraum von September 2021 bis Dezember 2022. Der Warenkorb dieser AK-Erhebung wurde in diesem Zeitraum um 42% teurer.

Ich begrüße, dass es sich die Arbeiterkammer zum Ziel macht, konkrete Preisentwicklungen von alltäglichen Produkten in Supermärkten bzw. Diskontern zu beobachten. Gerade in Zeiten hoher Inflation ist es für Konsument:innen besonders wichtig, Preise vergleichen zu können, was durch das Monitoring unterstützt wird. Die Erhebung bestätigt auch, dass gerade für Menschen mit geringem Einkommen, die auf günstigere Lebensmittel angewiesen sind, eine sehr schwierige Situation besteht.

**Fragen 2 bis 23:**

- *Wie erklären Sie sich, dass Sonnenblumenöl (1 Liter) im Zeitraum September 2021 bis Dezember 2022 im Durchschnitt um nicht weniger als 167 Prozent für die österreichischen Konsumenten teurer geworden ist?*
- *Welche Gegenmaßnahmen setzten Sie diesbezüglich als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister?*
- *Wie erklären Sie sich, dass Weizenmehl griffig (1 Kilogramm) im Zeitraum September 2021 bis Dezember 2022 im Durchschnitt um nicht weniger als 111 Prozent für die österreichischen Konsumenten teurer geworden ist?*
- *Welche Gegenmaßnahmen setzten Sie diesbezüglich als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister?*
- *Wie erklären Sie sich, dass Penne (Nudeln) (1 Kilogramm) im Zeitraum September 2021 bis Dezember 2022 im Durchschnitt um nicht weniger als 91 Prozent für die österreichischen Konsumenten teurer geworden ist?*
- *Welche Gegenmaßnahmen setzten Sie diesbezüglich als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister?*
- *Wie erklären Sie sich, dass Feinkristallzucker (1 Kilogramm) im Zeitraum September 2021 bis Dezember 2022 im Durchschnitt um nicht weniger als 81 Prozent für die österreichischen Konsumenten teurer geworden ist?*
- *Welche Gegenmaßnahmen setzten Sie diesbezüglich als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister?*
- *Wie erklären Sie sich, dass Teebutter (1 Kilogramm) im Zeitraum September 2021 bis Dezember 2022 im Durchschnitt um nicht weniger als 77 Prozent für die österreichischen Konsumenten teurer geworden ist?*
- *Welche Gegenmaßnahmen setzten Sie diesbezüglich als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister?*
- *Wie erklären Sie sich, dass Cola (1 Liter) im Zeitraum September 2021 bis Dezember 2022 im Durchschnitt um nicht weniger als 77 Prozent für die österreichischen Konsumenten teurer geworden ist?*
- *Welche Gegenmaßnahmen setzten Sie diesbezüglich als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister?*

- *Wie erklären Sie sich, dass Zahnpaste (100 Milliliter) im Zeitraum September 2021 bis Dezember 2022 im Durchschnitt um nicht weniger als 68 Prozent für die österreichischen Konsumenten teurer geworden ist?*
- *Welche Gegenmaßnahmen setzten Sie diesbezüglich als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister?*
- *Wie erklären Sie sich, dass Tomaten frisch (1 Kilogramm) im Zeitraum September 2021 bis Dezember 2022 im Durchschnitt um nicht weniger als 58 Prozent für die österreichischen Konsumenten teurer geworden sind?*
- *Welche Gegenmaßnahmen setzten Sie diesbezüglich als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister?*
- *Wie erklären Sie sich, dass WC-Papier (1 Rolle) im Zeitraum September 2021 bis Dezember 2022 im Durchschnitt um nicht weniger als 54 Prozent für die österreichischen Konsumenten teurer geworden ist?*
- *Welche Gegenmaßnahmen setzten Sie diesbezüglich als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister?*
- *Wie erklären Sie sich, dass Reis Langkorn (1 Kilogramm) im Zeitraum September 2021 bis Dezember 2022 im Durchschnitt um nicht weniger als 51 Prozent für die österreichischen Konsumenten teurer geworden ist?*
- *Welche Gegenmaßnahmen setzten Sie diesbezüglich als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister?*
- *Wie erklären Sie sich, dass Taschentücher (100 Stück) im Zeitraum September 2021 bis Dezember 2022 im Durchschnitt um nicht weniger als 51 Prozent für die österreichischen Konsumenten teurer geworden sind?*
- *Welche Gegenmaßnahmen haben Sie diesbezüglich als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister gesetzt?*

Gemeinsam mit dem BMF leitet das BMSGPK die Expert:innengruppe zur Beobachtung und Analyse der Inflationsentwicklung (EBAI), deren Berichte auch dem Nationalrat vorliegen. In diesem Gremium wird eine breite Wissensbasis zur Inflationslage hergestellt, und damit die Regierungsarbeit zur Inflationsbekämpfung unterstützt.

Österreich liegt bei der Teuerung bei Nahrungsmitteln im Europavergleich in etwa im Mittelfeld. Wir analysieren laufend die Preise anhand der Daten von Statistik Austria und Eurostat, dabei ergeben sich derzeit folgende Inflationsraten: Nahrungsmittel - HVPI Dezember: AT 16,3 %, DE: 20,5 %, EU: 18,2 %, EURO: 16,3 %, BE: 15,7 %, FR: 13,1 %, NL: 17,0 %. Im europäischen Vergleich 2022 liegt Österreich bei Lebensmitteln damit in Summe unter dem EU-Schnitt, bzw. im EURO-Schnitt und unter Deutschland. Österreich gibt im Warenkorb weniger für Nahrungsmittel aus als der EU-Durchschnitt, in anderen Ländern ist der Anteil von Nahrungsmitteln deutlich höher.

Viele Faktoren haben die Situation in der Landwirtschaft und der Lebensmittelwirtschaft verändert. Die Kosten für Energie, Düngemittel und Futtermittel sind stark gestiegen; Arbeitskräftemangel verteuert die Personalkosten. Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass die Nahrungsmittelproduktion abhängig von Wetterverhältnissen ist. Dürre, Überschwemmungen, und ähnliche Folgen der Klimakrise führen zu weniger Angebot und somit zu Preissteigerungen. Bereits im September 2021 setzte der erste Preisschub bei Lebensmitteln ein, der sich bis heute Monat für Monat fortsetzt.

Mein Fokus liegt darauf, dass mit den Maßnahmen zur Abfederung der Inflation diejenigen Menschen unterstützt werden, bei denen die Teuerung die Leistbarkeit gefährdet; dies gilt natürlich gerade auch für die Leistbarkeit von Lebensmitteln.

Betreffend Lebensmittel weise ich auch darauf hin, dass die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) im Oktober letzten Jahres eine Branchenuntersuchung begonnen hat. Die BWB nimmt die derzeit steigenden Preise, Probleme in den Lieferketten und die steigende Inflation zum Anlass, den Markt aus wettbewerblicher Sicht genauer zu analysieren. Die Ergebnisse liegen noch nicht vor.

**Frage 24:**

- *Kennen Sie andere Preismonitoring-Vergleiche seit dem 1.1.2022, die die Preisentwicklung abgebildet haben?*

Beispielsweise kann hier der OÖ. Preisradar genannt werden, welcher zweimal monatlich 17 Lebensmittelgruppen in neun der größten Supermarktketten in Oberösterreich vergleicht. Auch verschiedene nichtstaatliche Akteure, unter anderem auch der VKI (siehe z.B. „Konsument“-Ausgabe von Oktober 2022) bieten immer wieder gute Hilfestellungen, um Preise einzuschätzen.

**Frage 25:**

- *Welche Gegenmaßnahmen setzten Sie diesbezüglich als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister?*

Dazu wird auf die Anfragebeantwortung der Fragen 2 bis 23 verwiesen.

**Frage 26:**

- *Haben Sie im Zusammenhang mit dem von der Arbeiterkammer durchgeführten Preismonitoring und den anderen Preismonitoring-Vergleichen entsprechende Aufträge an den Verein für Konsumenteninformation (VKI) bzw. der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) gegeben, um hier preisstabilisierend einzugreifen?*
  - a. *Wenn ja, in welcher Art und Weise und mit welchem Ergebnis?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Mein Ressort hat keine entsprechenden Aufträge an den VKI gegeben. Betreffend die Aktivitäten des VKI in diesem Bereich wird auf die Anfragebeantwortung der Frage 24 verwiesen.

Was die BWB anlangt, besteht in meinem Ressort keine Zuständigkeit. Die BWB ist im Übrigen bei ihrer Aufgabenwahrnehmung ganz generell weisungsfrei und unabhängig.

**Fragen 27 bis 31:**

- *Werden Sie die Schaffung eines „Krisen- und Grundversorgungs-Warenkorbs“, der die Preise für Waren und Dienstleistungen wie etwa Lebensmittelpreise, Hygieneartikelpreise, Mietpreise, Heizkostenpreise, Spritpreise, Fahrtkostenpreise im öffentlichen Verkehr usw. beinhaltet, unterstützen bzw. einen solchen Warenkorb als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister einrichten?*
  - a. *Wenn ja, bis wann?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Werden Sie die Bereitstellung der Daten zur Schaffung eines Krisen- und Grundversorgungs-Warenkorbs“ durch die Statistik Austria unterstützen bzw. einen solchen Warenkorb als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister einrichten lassen bzw. einen solchen anregen?*
  - a. *Wenn ja, bis wann?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Werden Sie die Schaffung eines „Krisen- und Grundversorgungs-Warenkorbs“-Preisbandes, das beim Abweichen einzelner Endverbraucherpreise, d.h. mehr als zehn Prozent, beim zuständigen Konsumentenschutzminister eine Informationspflicht an den zuständigen Konsumentenschutzausschuss des Nationalrats auslöst, befürworten und unterstützen?*
  - a. *Wenn ja, bis wann?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*

- *Werden Sie die Schaffung eines beschlussmäßigen Beauftragungsmechanismus durch den zuständigen Konsumentenschutzausschuss gegenüber dem zuständigen Konsumentenschutzminister, die Erlassung eines Preisstopps für einzelne Waren und Dienstleistungen eines „Krisen- und Grundversorgungs-Warenkorbs“ mit einer Befristung von 30, 60, 90 bzw. 120 Tagen je nach Anlassfall vorzunehmen, befürworten und unterstützen?*
  - a. *Wenn ja, bis wann?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Welche kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen werden Sie als zuständiger Sozial- und Konsumentenschutzminister im Jahr 2023 setzen, um einen Preisstopp für einzelne Waren und Dienstleistungen umzusetzen?*

Ein Krisen-Grundversorgungswarenkorb erscheint mir nicht erforderlich, denn im Rahmen der Erstellung des Verbraucherpreisindex erhebt die Statistik Austria jene Daten, auf die mit der Frage abgezielt wird, in regelmäßigen Abständen und veröffentlicht sie bereits. Darüber hinaus wertet die Statistik Austria in speziellen Warenkörben, dem sogenannten Mikrowarenkorb und dem Miniwarenkorb aus, wie sich tägliche Einkäufe und wöchentliche Einkäufe über die Zeit hin verändern.

Weiters verweise ich auf die Berichte der Expert:innengruppe zur Beobachtung und Analyse der Inflationsentwicklung (EBAI), die dem Nationalrat vorliegen.

Für einen allfälligen rechtlichen Eingriff in Preise gibt das Preisgesetz bereits einen rechtlichen Rahmen vor, die Zuständigkeit hierfür liegt beim BMAW.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

